

12.03.2013

Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Barrierefreien Zugang zu Mobilität ermöglichen. Zugangshürden ab- statt aufbauen.

I.

Der Chef des VRR, Martin Husmann, ist kürzlich mit der Idee an die Öffentlichkeit getreten, an großen Haltepunkten des ÖPNV Zugangssperren gegen Schwarzfahrer nach Pariser Vorbild einzurichten.

Entsprechende Zugangssperren sind mit der gegebenen Infrastruktur in NRW technisch kaum realisierbar. Die mit den Äußerungen von Herrn Husmann zum Ausdruck gebrachte politische Richtung jedoch widerspricht der Aufgabe des ÖPNV, im Rahmen der Daseinsvorsorge die Mobilität in Ballungsräumen für alle Menschen sicherzustellen und etwaige Einschränkungen und Barrieren zu reduzieren.

Die Aufgabe aller Akteure sollte es sein, den ÖPNV attraktiver zu machen und damit auch zur Attraktivitätssteigerung der Städte beizutragen. Es müssen mehr Verkehrsteilnehmer für den ÖPNV gewonnen werden. Die gestiegenen Fahrgastzahlen der letzten Jahre trotz überdurchschnittlich erhöhter Fahrpreise sind allerdings vorwiegend auf externe Effekte zurückzuführen.

Eine weitere Steigerung der Fahrgastzahlen wird durch hohe Einstiegshürden gebremst: hohe Preise für Einzelfahrkarten und eine geringe Attraktivität für Gelegenheitsnutzer sowie eine hohe Fehleranfälligkeit gerade im Bereich des Ticketkaufs.

Zugangssperren am Bahnsteig nach Pariser Vorbild würden diese Situation verschärfen und zusätzlich die Vielnutzer stark einschränken, während die Erfolge auch ohne Berücksichtigung der zahlreichen Nebenwirkungen gering bleiben dürften: schließlich lassen sich baulich in NRW nicht alle Haltepunkte und Bahnsteige entsprechend ausstatten.

Eine etwaige Einführung von Zugangshürden wäre finanziell und organisatorisch aufwändig – nicht nur bzgl. Herstellung, Betrieb und Wartung: der Platzbedarf der Einrichtungen und entstehender Rückstaus müsste berücksichtigt werden, Flächen, die anderweitig effizienter genutzt werden können, sofern sie überhaupt vorhanden sind. Eine Behinderung der betrieblichen Abläufe müsste eingeplant werden – Zugangskontrollsysteme bündeln die Menschenströme, das verlangsamt das Passieren ebenso wie unplanmäßige Fehlfunktionen. Nur durch verstärkte Taktfrequenzen und Anpassungen der Umsteigezeiten könnte dieser Nachteil aufgehoben werden.

Datum des Originals: 12.03.2013/Ausgegeben: 12.03.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Die Barrierefreiheit der Barrieren wäre kaum sicherzustellen, eine besondere Herausforderung stellen die auf die Bahnsteige führenden Fahrstühle dar. Keinesfalls dürften Passagiere auf das Vorhandensein von Servicepersonal angewiesen sein, wenn eine dauerhafte Verfügbarkeit desselben nicht gewährleistet werden kann.

Es müssten alle Tickets automatisch erkannt werden, einschließlich sämtlicher Semestertickets, Konzertkarten, Messtickets, Fernverkehrstickets (auch die Karten der Schweizer Nationalbahn mit City-Anschluss in Deutschland) sowie Tickets der Fluggesellschaften mit Kooperationsabkommen mit der DB.

Diese und viele weitere Argumente zeigen, dass Zugangssperren weit teurer und komplizierter zu realisieren wären, als den umgekehrten Weg zu gehen und die einzelne Nutzung des ÖPNV kosten- und ticketfrei zu gestalten, was die Attraktivität des ÖPNV massiv steigern und die Einstiegshürden senken würde.

II.

Der Landtag stellt fest, dass es im Interesse des Landes liegt,

1. die Attraktivität des ÖSPV und des SPNV zu steigern.
2. dazu Zugangshürden abzubauen.
3. der Nutzung des Personennahverkehrs keine Barrieren entgegenzustellen.
4. die Barrierefreiheit auf allen Bahnsteigen und Zugangspunkten zum Nah- und Fernverkehr sicherzustellen.

Die öffentlich geförderten Akteure des ÖSPV und des SPNV nehmen eine bedeutende Rolle in der Gewährleistung der Daseinsvorsorge und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie der Lebensqualität der Ballungsräume in Nordrhein-Westfalen ein. In dieser Rolle müssen sie unterstützt werden, diese Rolle sollte das Selbstverständnis der Handelnden sein.

III. Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der weiteren Entwicklung des ÖPNV ein starkes Gewicht auf den Abbau von Zugangshürden und Barrieren sowohl für Gelegenheitsnutzer als auch für Pendler zu legen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung gleichfalls auf, durch entsprechende Anreize und vertragliche Regelungen, die Verkehrsbetriebe für Erhöhungen der Fahrgastzahlen durch eine eigenverantwortliche aktive Attraktivitätssteigerung des ÖPNV zu belohnen und dem Landtag bis Ende 2013 ein entsprechendes Zwischenergebnis vorzulegen.
3. Der Landtag fordert alle Akteure des Personennahverkehrs in NRW auf, sich aktiv um eine Attraktivitätssteigerung des ÖSPV und des SPNV zu kümmern und die Akzeptanz der Nutzer nicht auf Grund kurzfristiger Interessen zu verspielen.

Dr. Joachim Paul
Monika Pieper
Oliver Bayer
Stefan Fricke

und Fraktion